

# N i e d e r s c h r i f t

über die öffentliche Sitzung des  
Bau-, Planungs- und Umweltausschusses  
am Donnerstag, dem 07.07.2016  
im Sitzungszimmer 2.5 / 2.6

Beginn: 17:30 Uhr

Ende: 19:25 Uhr

## Anwesend:

### Ratsfrau / Ratsherr

Frau Helga Bühse  
Frau Franka Dannheiser  
Herr Klaus Grassau  
Herr Thomas Krampfer  
Frau Heidemarie Stephan  
Herr Axel Westphal

### Bürgerschaftsmitglieder

Herr Thomas Michaelis  
Herr Hans Werner Pundt  
Frau Elke Christina Roeder  
Herr Dr. Wolfgang Stein

### Von der Verwaltung

Frau Ute Spieler  
Herr Bernd Heilmann  
Herr Ralf-Josef Schnittker  
Frau Ute Obel  
Frau Sabine Schilf  
Herr Maximilian Müller  
Herr Peter Omland  
Herr Jens Dittebrandt  
Frau Anneke Bosserhoff  
Herr Heinz Peters

**Außerdem anwesend**

Herr Hartmut Florian  
Herr Rolf Schaks  
Herr Uwe Holtz  
Frau Antje Klein  
Herr Sven Radestock  
Herr Puls  
Herr Griese  
Herr Detlefsen  
Herr Bluhm  
bis zu 70 ZuhörerInnen

**Entschuldigt:**

Herr Volker Matthiensen  
Herr Dr. Olaf Tauras

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Genehmigung der Tagesordnung
3. Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 07.07.2016
4. Information über die am 02.06.2016 unter Ausschluss der Öffentlichkeit gefassten Beschlüsse
5. Einwohnerfragestunde
6. Anträge und Anfragen
  - 6.1. Antrag des Ratsherrn Griese, Die Linke betr. Carlstraße als Fahrradstraße  
Vorlage: 0283/2013/An
  - 6.2. Antrag Stadtteilbeirat Einfeld vom 16.06.2016 betreffend Zusatzschilder im Wohngebiet Bruno-Fuhlendorf-Weg / Parchimer Straße  
Vorlage: 0284/2013/An
7. Sanierungsgebiet und Gebiet der Sozialen Stadt Vicelinviertel  
- Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes (IHK) 2016 - 2018  
Vorlage: 0714/2013/DS
8. Sanierungsgebiet und Gebiet des Städtebauförderungsprogramms "Soziale Stadt" Vicelinviertel  
Anscharstraße 8 / 10  
- Erneuerung und Umnutzung des Gebäudes für eine Kinder- und Jugendeinrichtung sowie für die Nutzung durch Unternehmen aus dem Bereich der Kultur- und Kreativwirtschaft  
Vorlage: 0752/2013/DS
9. Straßenbenennung im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 88 "Ruthenberg", 5. Änderung  
Vorlage: 0728/2013/DS
10. Ausbau Frankenstraße zwischen Boostedter Straße und Störstraße  
Vorlage: 0724/2013/DS
11. Bebauungsplan Nr. 110 "Wührenbeksgaben" 5. Änderung  
- Aufstellungsbeschluss  
Vorlage: 0744/2013/DS
12. 45. Änderung des Flächennutzungsplanes 1990 "Oderstraße / Saalestraße / Leinestraße - 2. Ergänzung des Sondergebietes Oderstraße (FOC)"  
- Beschluss über Stellungnahmen  
- Feststellungsbeschluss  
Vorlage: 0746/2013/DS
13. 2. Ergänzung des Bebauungsplanes Nr. 118 "DOC"  
- Beschluss über Anregungen  
- Satzungsbeschluss  
Vorlage: 0747/2013/DS

14. 46. Änderung des Flächennutzungsplanes 1990 "Sondergebiet Baeyerstraße (a + b-Center)"
  - Aufstellungsbeschluss
  - Beschluss zur Bürgerbeteiligung
  - Durchführung einer UmweltprüfungVorlage: 0748/2013/DS
15. Bebauungsplan Nr. 42 "Sondergebiet Baeyerstraße (a + b-Center)"
  - Aufstellungsbeschluss
  - Beschluss zur Bürgerbeteiligung
  - Durchführung einer UmweltprüfungVorlage: 0749/2013/DS
16. 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 118 "Sondergebiet Oderstraße (FOC)"
  - Aufstellungsbeschluss
  - Einleitung des frühzeitigen BeteiligungsverfahrensVorlage: 0751/2013/DS
17. Bebauungsplan Nr. 173 "Südlich Wasbeker Straße / Fritz-Klatt-Straße"
  - Beschluss über erneute Behördenbeteiligung
  - Beschluss über Stellungnahmen
  - SatzungsbeschlussVorlage: 0758/2013/DS
18. 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 103 "Ecke Christianstraße / Parkstraße / Schwale (Parkcenter)"
  - AufstellungsbeschlussVorlage: 0761/2013/DS
19. Bebauungsplan Nr. 209 "Krückenkrug / Brandenburger Weg"
  - AufstellungsbeschlussVorlage: 0733/2013/DS
20. Kommunalinvestitionsförderungsgesetz  
Vorlage: 0732/2013/DS
21. Beantragung einer Förderung für das Klimaschutzmanagement  
Vorlage: 0745/2013/DS
22. Fortschreibung des 2. Regionalen Nahverkehrsplanes 2003 - 2007
  - Beschluss über die im Beteiligungsverfahren vorgetragenen Anregungen
  - Beschluss über die Fortschreibung des 2. Regionalen NahverkehrsplanesVorlage: 0754/2013/DS
23. Abschlussbericht zum Gewerbeflächenentwicklungskonzept (GEFEK) für den Planungsraum II  
Vorlage: 0759/2013/DS
24. Umsetzung des Innenstadtkonzeptes
  - UmsetzungsberichtVorlage: 0760/2013/DS
25. Radweg an der Ehndorfer Straße  
Vorlage: 0755/2013/DS
26. Leistung von außerplanmäßigen Auszahlungen nach § 95 d GO im Finanzplan 2016 (Deckenerneuerungsmaßnahmen an Landes- und Kreisstraßen)  
Vorlage: 0737/2013/DS

27. Freigabe von Haushaltsmitteln  
Vorlage: 0756/2013/DS

28. Dringliche Vorlagen

29. Mitteilungen

Umgestaltung Innenstadt

29.1 hier: vorbereitende Arbeiten im Bereich des Großfleckens  
. Vorlage: 0363/2013/MV

Erneuerung/Sanierung von Landes-/ Kreisstraßen

29.2 Vorlage: 0370/2013/MV  
.

Kleingartenentwicklungskonzept

29.3 - Sachstandsbericht  
. Vorlage: 0376/2013/MV

Landesentwicklungsstrategie Schleswig-Holstein 2030 - Grünbuch

29.4 Vorlage: 0377/2013/MV  
.

Neuer Naturschutzbeirat und neuer Naturschutzbeauftragter benannt

29.5 Vorlage: 0379/2013/MV  
.

Erneuerung der Straßenbeleuchtung

29.6 Vorlage: 0327/2013/MV  
.

1 .	Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
-----	---

Herr Westphal als Vorsitzender des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses begrüßt die Teilnehmer/Innen dieser Sitzung und stellt die Ordnungsmäßigkeit sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 .	Genehmigung der Tagesordnung
-----	------------------------------

Herr Westphal regt an, alle Drucksachen, die der Entscheidungshoheit der Ratsversammlung unterliegen, an den Anfang der Beratung zu stellen.

Das betrifft die Tagesordnungspunkte 7., 8., 10., 12., 13., 17., 20., 21., 22., 23., 25. und 26.

In Anbetracht der Tatsache, dass zum Tagesordnungspunkt 10. „Frankenstraße“ 60 – 70 ZuhörerInnen gekommen sind, besteht Einvernehmen, die Beratung ebenfalls an den Beginn der Sitzung zu stellen.

Zu Tagesordnungspunkt 23. liegt allen Ausschussmitgliedern die avisierte Neufassung der Seiten 1 und 2 der Drucksache Nr. 0759/2013/DS vor.

Sodann wird die Tagesordnung wird in der geänderten Form einstimmig genehmigt.

3 .	Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 07.07.2016
-----	---

Die Niederschrift wird in der vorliegenden Fassung einstimmig angenommen.

4 .	Information über die am 02.06.2016 unter Ausschluss der Öffentlichkeit gefassten Beschlüsse
-----	---

Der Ausschussvorsitzende teilt mit, dass in dem unter Ausschluss der Öffentlichkeit durchgeführten Teil der Sitzung am 02.06.2016 Beschlüsse zu den Vorlagen

0712/2013/DS „Sachstandsbericht über das Treuhandvermögen“

0358/2013/MV „Neubau Einkaufszentrum Parkcenter“

sowie

0361/2013/MV „Verkauf des Grundstücks Memellandstraße 15 (ehemalige Standortverwaltung)“

gefasst wurden.

5 .	Einwohnerfragestunde
-----	----------------------

Herr Erdloff ist nicht anwesend. Seine Einwohnerfrage wird durch die Verwaltung schriftlich beantwortet.

Die von Herrn Gärtner mit Schreiben vom 29.06.2016 eingereichte Einwohnerfrage zu Tagesordnungspunkt 10. wird wegen des Umfangs und der Komplexität (vergl. § 13 GeschORV) nicht behandelt. Die aufgeworfenen Fragen werden durch die Verwaltung schriftlich beantwortet. Die schriftliche Beantwortung wird Bestandteil des Protokolls.

Die Beantwortung soll vor Beendigung der Sommerpause erfolgen. Den Ausschussmitgliedern ist eine Durchschrift zuzuleiten.

6 .	Anträge und Anfragen
-----	----------------------

Es lagen keine Anträge und Anfragen vor.

6.1 .	Antrag des Rats Herrn Griese, Die Linke betr. Carlstraße als Fahrradstraße Vorlage: 0283/2013/An
-------	---

Frau Dannheiser stellt nachfolgenden Änderungsantrag / Prüfauftrag, über den Herr Westphal nach Diskussion abstimmen lässt.

„Der ursprüngliche Antrag 0278/2013/An wird wie folgt geändert:

1. Die Verwaltung wird gebeten die Carlstraße bis Höhe Sauerbruchstraße auf der stadtauswärtsführenden Straßenseite einen ausreichend breiten, gegenläufigen Radweg unter Wegfall der Parkspur zu planen.
2. Der nicht mehr benötigte Radweg auf der Seite des Jugendspielplatzes wird aufgenommen und der Parkstreifen als Senkrecht-Aufstellung hergestellt.
3. Die Kostenermittlung und die Planunterlagen sollen dem BPU in der übernächsten Sitzung vorgelegt werden.“

**Abstimmungsergebnis:**

JA-Stimmen: 10  
Nein-Stimmen: 0  
Enthaltung: 0

Damit ist der Änderungsantrag angenommen.

Sodann lässt Herr Westphal über den Antrag als Ganzes abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

JA-Stimmen: 10  
Nein-Stimmen: 0  
Enthaltung: 0

Damit ist der Antrag in seiner geänderten Form angenommen.

6.2 .	Antrag Stadtteilbeirat Einfeld vom 16.06.2016 betreffend Zusatzschilder im Wohngebiet Bruno-Fuhlendorf-Weg / Parchimer Straße Vorlage: 0284/2013/An
-------	--

Herr Radestock begründet den durch den Stadtteilbeirat gestellten Antrag.

Frau Bosserhoff erläutert die rechtliche Situation für die Verwaltung. Die vom Stadtteilbeirat gewünschten Schilder aufzustellen, sei rechtlich nicht zulässig.

Herr Westphal lässt über den Antrag abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

JA-Stimmen: 6

Nein-Stimmen: 3

Enthaltung: 1

Damit ist der Antrag angenommen.

7 .	Sanierungsgebiet und Gebiet der Sozialen Stadt Vicelinviertel - Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes (IHK) 2016 - 2018 Vorlage: 0714/2013/DS
-----	--

Frau Schilf und Herr Heilmann erläutern die Vorlage für die Verwaltung.

Nach kontroverser Diskussion über das Für und Wider lässt Herr Westphal über die Vorlage abstimmen.

**Beschluss:**

Das Integrierte Handlungskonzept für den Zeitraum 2016 -2018 wird als Handlungsrahmen für eine integrierte Stadtteilentwicklung beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

JA-Stimmen: 5

Nein-Stimmen: 4

Enthaltung: 1

**Endg. entsch. Stelle:** Ratsversammlung

8 .	Sanierungsgebiet und Gebiet des Städtebauförderungsprogramms "Soziale Stadt" Vicelinviertel Anscharstraße 8 / 10 - Erneuerung und Umnutzung des Gebäudes für eine Kinder- und Jugendeinrichtung sowie für die Nutzung durch Unternehmen aus dem Bereich der Kultur- und Kreativwirtschaft Vorlage: 0752/2013/DS
-----	--

Frau Schilf erläutert die Vorlage für die Verwaltung und weist darauf hin, dass eine Teilsanierung des Gebäudes nicht gefördert werden würde.

Es folgt eine sehr kontroverse Diskussion – auch unter Beteiligung von Frau Klein, die sich für eine Zustimmung ausspricht.

Herr Michaelis stellt folgenden Änderungsantrag gestützt von Frau Bühse, über den Herr Westphal nach Diskussion abstimmen lässt:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, wirtschaftlich vertretbare Alternativen für die beabsichtigte Nutzung durch Kinder und Jugendliche zu finden.
2. Das in der Drucksache beschriebene Projekt wird nicht weiter verfolgt.

**Abstimmungsergebnis:**

JA-Stimmen: 4  
Nein-Stimmen: 5  
Enthaltung: 1

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Frau Dannheiser stellt nachfolgenden Änderungsantrag, der einvernehmlich um „bis zur nächsten Sitzung“ (kursiv) ergänzt wird:

„Die Drucksache wird mit dem Punkt 3) ergänzt:

- 3) Bis zur Vorlage der genauen Kosten *bis zur nächsten Sitzung* und der definitiven Bestätigung durch das Ministerium, werden die angegebenen Baukosten in Höhe von 3,1 Mio. Euro auf die zur Verfügung stehenden Städtebauförderungsmittel in Höhe von 2,78 Mio. Euro gedeckelt.“

**Abstimmungsergebnis:**

JA-Stimmen: 6  
Nein-Stimmen: 0  
Enthaltung: 4

Damit ist der Änderungsantrag angenommen.

Sodann lässt Herr Westphal über den Antrag in seiner Gesamtheit abstimmen.

**Beschluss:**

1. Dem Entwurf zur Umnutzung des Gebäudes für eine Kinder- und Jugendeinrichtung sowie für die Nutzung durch Unternehmen aus dem Bereich der Kultur- und Kreativwirtschaft und den damit verbundenen Baumaßnahmen wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, nach Vorliegen der Zustimmung des Ministeriums die Baumaßnahme durchzuführen.
3. Bis zur Vorlage der genauen Kosten *bis zur nächsten Sitzung* und der definitiven Bestätigung durch das Ministerium, werden die angegebenen Baukosten in Höhe von 3,1 Mio. Euro auf die zur Verfügung stehenden Städtebauförderungsmittel in Höhe von 2,78 Mio. Euro gedeckelt.“

**Abstimmungsergebnis:**

JA-Stimmen: 6  
Nein-Stimmen: 3  
Enthaltung: 1

**Endg. entsch. Stelle:** Ratsversammlung

9 .	Straßenbenennung im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 88 "Ruthenberg", 5. Änderung Vorlage: 0728/2013/DS
-----	---

**Beschluss:**

Die ausgewiesene öffentliche Planstraße erhält den Namen:  
„Karl-Rahe-Straße“.

**Abstimmungsergebnis:**

JA-Stimmen: 9  
Nein-Stimmen: 0  
Enthaltung: 1

**Endg. entsch. Stelle:** Bau-, Planungs- und Umweltausschuss

10 .	Ausbau Frankenstraße zwischen Boostedter Straße und Störstraße Vorlage: 0724/2013/DS
------	---

Frau Dannheiser stellt folgenden Änderungsantrag:

„In der Drucksache wird der erste Absatz zu Punkt 1) und mit dem Punkt 2) ergänzt:

- 1) Die Ratsversammlung beschließt...wie in den Anlagen dargestellt (Baubeschluss).
- 2) Die Baumaßnahme wird erst begonnen, nachdem eine Neuklassifizierung des Straßenkatasters stattgefunden hat und den Anwohnern gem. Straßenausbausatzung die neuen Anliegerkosten gem. KAG genannt werden können.“

Nach kurzer Diskussion zieht Frau Dannheiser ihren vorliegenden Änderungsantrag zurück und stellt einen Vertagungsantrag, über den Herr Westphal abstimmen lässt.

**Abstimmungsergebnis:**

JA-Stimmen: 10  
Nein-Stimmen: 0  
Enthaltung: 0

Damit ist der Vertagungsantrag angenommen.

**Beschluss:**

Die Ratsversammlung beschließt die Ausbauplanung zwischen Boostedter Straße und Störstraße wie in den Anlagen dargestellt (Baubeschluss).

**Abstimmungsergebnis:**

JA-Stimmen: ---  
Nein-Stimmen: ---  
Enthaltung: ---

**Endg. entsch. Stelle:** Ratsversammlung

11 .	Bebauungsplan Nr. 110 "Wührenbeksgaben" 5. Änderung - Aufstellungsbeschluss Vorlage: 0744/2013/DS
------	---

**Beschluss:**

1. Für das Gebiet im Stadtteil Wittorf zwischen der Straße Krokamp im Norden und dem Grundstück Havelstraße 33 im Süden, sowie den Flurstücken 168 und 191 im Westen und den Flurstücken 181 und 245 im Osten ist die 5. Änderung des Bebauungsplans Nr. 110 „Wührenbeksgaben“ im Sinne des § 30 Baugesetzbuch (BauGB) aufzustellen. Der Bebauungsplan soll der Bereitstellung von kleinteiligen Gewerbeflächen im Stadtteil Wittorf dienen.
2. Es handelt sich um einen Bebauungsplan der Innenentwicklung, der im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a BauGB aufgestellt werden soll. Von der Durchführung einer Umweltprüfung wird daher abgesehen.
3. Der Aufstellungsbeschluss ist mit den Hinweisen nach § 13 a Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

**Abstimmungsergebnis:**

JA-Stimmen: 10  
Nein-Stimmen: 0  
Enthaltung: 0

**Endg. entsch. Stelle:** Bau-, Planungs- und Umweltausschuss

12 .	45. Änderung des Flächennutzungsplanes 1990 "Oderstraße / Saalestraße / Leinestraße - 2. Ergänzung des Sondergebietes Oderstraße (FOC)" - Beschluss über Stellungnahmen - Feststellungsbeschluss Vorlage: 0746/2013/DS
------	---

**Beschluss:**

1. Die Ratsversammlung hat die während der öffentlichen Auslegung vorgebrachten Stellungnahmen geprüft und stimmt den Einzelanträgen gemäß der beiliegenden Übersicht zu. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, diejenigen Träger öffentlicher Belange und Institutionen, die Stellungnahmen vorgebracht haben, von dem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.
2. Die Ratsversammlung beschließt die 45. Änderung des Flächennutzungsplanes 1990 für das im Stadtteil Wittorf gelegene Eckgrundstück Oderstraße 38 (Flurstück 34) und das Gewerbegrundstück nördlich der B 205 zwischen Saalestraße und Leinestraße (Flurstück 48/1).
3. Die Begründung einschließlich des Umweltberichtes wird in der vorliegenden Fassung gebilligt. Umfang und Detaillierungsgrad der Ermittlung umweltrelevanter Belange (Umweltprüfung) werden gemäß § 2 Abs. 4 Satz 2 Baugesetzbuch (BauGB) bestätigt.
4. Die zusammenfassende Erklärung gemäß § 6 Abs. 5 BauGB wird gebilligt.
5. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Flächennutzungsplanung dem Innenminister zur Genehmigung vorzulegen. Die Genehmigung ist anschließend nach § 6 BauGB ortsüblich bekanntzumachen.

**Abstimmungsergebnis:**

JA-Stimmen: 10  
Nein-Stimmen: 0  
Enthaltung: 0

**Endg. entsch. Stelle:** Ratsversammlung

13 .	2. Ergänzung des Bebauungsplanes Nr. 118 "DOC" - Beschluss über Anregungen - Satzungsbeschluss Vorlage: 0747/2013/DS
------	---

**Beschluss:**

1. Die Ratsversammlung hat die während der öffentlichen Auslegung vorgebrachten Stellungnahmen geprüft und stimmt den Einzelanträgen gemäß der beiliegenden Übersicht zu. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, diejenigen Träger öffentlicher Belange und Institutionen, die Stellungnahmen vorgebracht haben, von dem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.
2. Die Ratsversammlung beschließt aufgrund des § 10 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 20. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1722), die 2. Ergänzung des Bebauungsplanes Nr. 118 „Sondergebiet Oderstraße (FOC)“ für das im Stadtteil Wittorf gelegene Eckgrundstück Oderstraße / Saalestraße (Flurstück 34) und für das Gewerbegrundstück nördlich der B 205 zwischen Saalestraße und Leinestraße (Flurstück 48/1), Teile der Saalestraße, sowie dem Fuß- und Radweg zwischen Oderstraße und Südumgehung, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), als Satzung.
3. Die Begründung einschließlich Umweltbericht wird gebilligt; Umfang und Detaillierungsgrad der Ermittlung umweltrelevanter Belange (Umweltprüfung) werden gemäß § 2 Abs. 4 Satz 2 BauGB bestätigt.
4. Die zusammenfassende Erklärung gemäß § 10 Abs. 4 BauGB wird gebilligt.
5. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, nach Vorliegen der Genehmigung für die 45. Änderung des Flächennutzungsplanes den Bebauungsplan nach § 10 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) ortsüblich bekanntzumachen.

**Abstimmungsergebnis:**

JA-Stimmen: 10  
Nein-Stimmen: 0  
Enthaltung: 0

**Endg. entsch. Stelle:** Ratsversammlung

14 .	46. Änderung des Flächennutzungsplanes 1990 "Sondergebiet Baeyerstraße (a + b-Center)" - Aufstellungsbeschluss - Beschluss zur Bürgerbeteiligung - Durchführung einer Umweltprüfung Vorlage: 0748/2013/DS
------	---

**Beschluss:**

1. Der Flächennutzungsplan 1990 der Stadt Neumünster ist für das Gebiet östlich der Bebauung an der Baeyerstraße, südlich der Bebauung an der Nobelstraße im Bereich des Stoverweges Nr. 40 und 42 für die Flurstücke Nr. 120, 170-172 und 192 tlw. im Stadtteil Gartenstadt wie folgt zu ändern:  
  
Anstelle einer gewerblichen Baufläche ist ein Sondergebiet für Einzelhandel und Gewerbe darzustellen.

2. Gemäß § 2 Abs. 4 BauGB ist eine Umweltprüfung durchzuführen, in der die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet werden. Die Umweltprüfung soll sich insbesondere auf die Belange des Bodenschutzes, des Schutzes von Orts- und Landschaftsbild, der Verkehrsentwicklung sowie des Immissionsschutzes beziehen.
3. Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.
4. Es ist eine Bürgerbeteiligung nach den Richtlinien der Stadt Neumünster durchzuführen; die in ihren Aufgabenbereichen Behörden und Träger öffentlicher Belange sind über die Planung zu informieren und zur Äußerung auch im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung aufzufordern.

**Abstimmungsergebnis:**

JA-Stimmen: 10  
Nein-Stimmen: 0  
Enthaltung: 0

**Endg. entsch. Stelle:** Bau-, Planungs- und Umweltausschuss

15 .	Bebauungsplan Nr. 42 "Sondergebiet Baeyerstraße (a + b-Center)" - Aufstellungsbeschluss - Beschluss zur Bürgerbeteiligung - Durchführung einer Umweltprüfung Vorlage: 0749/2013/DS
------	--

**Beschluss:**

1. Für das Gebiet beidseits der Baeyerstraße zwischen Stoverweg und Nobelstraße im Stadtteil Gartenstadt ist der Bebauungsplan Nr. 42 „Sondergebiet Baeyerstraße (a+b-Center)“ im Sinne des Baugesetzbuches (BauGB) aufzustellen. Mit der Aufstellung des Bebauungsplanes soll das Sondergebiet östlich der Baeyerstraße erweitert und die Zulässigkeit von Einzelhandelsvorhaben im Rahmen des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes der Stadt Neumünster bzw. dessen Entwurf zur Fortschreibung ermöglicht werden.
2. Gemäß § 2 Abs. 4 BauGB ist eine Umweltprüfung durchzuführen, in der die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet werden. Die Umweltprüfung soll sich insbesondere auf die Belange des Bodenschutzes, des Schutzes von Orts- und Landschaftsbild, der Verkehrsentwicklung sowie des Immissionsschutzes beziehen.
3. Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.
4. Es ist eine Bürgerbeteiligung nach den Richtlinien der Stadt Neumünster durchzuführen; die in ihren Aufgabenbereichen Behörden und Träger öffentlicher Belange sind über die Planung zu informieren und zur Äußerung auch im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung aufzufordern.

**Abstimmungsergebnis:**

JA-Stimmen: 10  
Nein-Stimmen: 0  
Enthaltung: 0

**Endg. entsch. Stelle:** Bau-, Planungs- und Umweltausschuss

16 .	3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 118 "Sondergebiet Oderstraße (FOC)" - Aufstellungsbeschluss - Einleitung des frühzeitigen Beteiligungsverfahrens Vorlage: 0751/2013/DS
------	---

Frau Dannheiser stellt folgenden Änderungsantrag:

„Die Drucksache wird bis zur nächsten BPU-Sitzung vertagt.“

**Abstimmungsergebnis:**

JA-Stimmen: 6  
Nein-Stimmen: 4  
Enthaltung: 0

Damit ist der Änderungsantrag / Vertagungsantrag angenommen.

**Beschluss:**

1. Für das Gebiet der Grundstücke zwischen der Oderstraße im Norden, der Saalestraße im Osten, der Südumgehung (B 205) im Süden und einer naturbelassenen Grünfläche im Westen im Stadtteil Wittorf ist die 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 118 „Sondergebiet Oderstraße (FOC)“ durchzuführen. Durch die Planung sollen eine Anpassung der Sortimentsstruktur und Angebotsqualifizierung im bestehenden Designer Outlet Center ermöglicht werden.
2. Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.
3. Es ist eine frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB nach den Richtlinien der Stadt Neumünster durchzuführen.
4. Gemäß § 2 Abs. 4 Baugesetzbuch ist eine Umweltprüfung durchzuführen, in der die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet werden.
5. Die in ihren Aufgabenbereichen berührten Behörden und Träger öffentlicher Belange sind gem. § 4 Abs. 1 BauGB über die Planung zu unterrichten und zur Äußerung auch in Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung aufzufordern.

**Abstimmungsergebnis:**

JA-Stimmen: --  
Nein-Stimmen: --  
Enthaltung: --

**Endg. entsch. Stelle:** Bau-, Planungs- und Umweltausschuss

17 .	Bebauungsplan Nr. 173 "Südlich Wasbeker Straße / Fritz-Klatt-Straße" - Beschluss über erneute Behördenbeteiligung - Beschluss über Stellungnahmen - Satzungsbeschluss Vorlage: 0758/2013/DS
------	---

Fragen der Ausschussmitglieder werden durch Herrn Müller beantwortet. Auf Nachfrage geht er insbesondere auf die Zufahrtssituation in das neue Baugebiet ein. Herr Westphal lässt über die Vorlage abstimmen.

**Beschluss:**

1. Die erneute, eingeschränkte und bereits durchgeführte Beteiligung von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gem. § 4a Abs. 3 Satz 2 Baugesetzbuch (BauGB) i. V. m. § 4a Abs. 3 Satz 3 BauGB und § 4a Abs. 3 Satz 4 BauGB wird gebilligt.
2. Die Ratsversammlung hat die während der öffentlichen Auslegung und die während der erneuten Beteiligung der Behörden vorgebrachten Stellungnahmen geprüft und stimmt den Einzelanträgen gemäß der beiliegenden Übersicht zu. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, diejenigen Träger öffentlicher Belange und Institutionen, die Stellungnahmen vorgebracht haben, von dem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.
3. Die Ratsversammlung beschließt aufgrund des § 10 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 118 des Gesetzes vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474), den Bebauungsplan Nr. 173 „Südlich Wasbeker Straße/ Fritz-Klatt-Straße“ für das Gebiet südlich der Wasbeker Straße, westlich des Grundstücks Wasbeker Str. 295 und der Kleingartenanlage „Heinrich Förster“, nördlich des Bebauungsplanes Nr. 166 und östlich der Kleingartenanlage „Glückauf“ im Stadtteil Böcklersiedlung/Bughenhagen, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) als Satzung.
4. Die Begründung einschließlich Umweltbericht wird gebilligt; Umfang und Detaillierungsgrad der Ermittlung umweltrelevanter Belange (Umweltprüfung) werden gemäß § 2 Abs. 4 Satz 2 BauGB bestätigt.
5. Die zusammenfassende Erklärung gemäß § 10 Abs. 4 BauGB wird gebilligt.
6. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Bebauungsplan nach § 10 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) ortsüblich bekannt zu machen. Dabei ist auch anzugeben, wo der Plan, die Begründung und die zusammenfassende Erklärung eingesehen werden können.

**Abstimmungsergebnis:**

JA-Stimmen: 10  
Nein-Stimmen: 0  
Enthaltung: 0

**Endg. entsch. Stelle:** Ratsversammlung

18 .	1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 103 "Ecke Christianstraße / Parkstraße / Schwale (Parkcenter)" - Aufstellungsbeschluss Vorlage: 0761/2013/DS
------	--

Die Vorlage wird durch Frau Spieler nach kurzer Diskussion zurückgezogen.

Frau Bühse stellt abschließend nachfolgenden Antrag:

„Die Verwaltung wird aufgefordert, Bauentwürfe - gegebenenfalls auch im nichtöffentlichen Teil - dem BPU zeitnah vorzulegen.“

**Abstimmungsergebnis:**

JA-Stimmen: 10

Nein-Stimmen: 0

Enthaltung: 0

Damit ist der Antrag angenommen.

**Beschluss:**

1. Für das Gebiet zwischen Christianstraße, Parkstraße, Schwale und der Bebauung Christianstraße 6 (Parkcenter) im Stadtteil Stadtmitte ist die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 103 im Sinne des § 30 Baugesetzbuch (BauGB) aufzustellen. Der Bebauungsplan dient der Erstellung von städtebaulichen Rahmenbedingungen für eine zukünftige Neuordnung des Gebietes.
2. Es handelt sich um einen Bebauungsplan der Innenentwicklung, der im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a BauGB aufgestellt werden soll. Von der Durchführung einer Umweltprüfung wird daher abgesehen.
3. Der Aufstellungsbeschluss ist mit dem Hinweis nach § 13 a Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

**Abstimmungsergebnis:**

JA-Stimmen: --

Nein-Stimmen: --

Enthaltung: --

**Endg. entsch. Stelle:** Bau-, Planungs- und Umweltausschuss

19 .	Bebauungsplan Nr. 209 "Krückenkrug / Brandenburger Weg" - Aufstellungsbeschluss Vorlage: 0733/2013/DS
------	---

**Beschluss:**

1. Für das Gebiet im Stadtteil Einfeld zwischen der Straße Krückenkrug im Norden und dem Brandenburger Weg im Süden, sowie dem Grundstück Krückenkrug 37 im Westen und dem Grundstück Krückenkrug 27 im Osten ist ein Bebauungsplan im Sinne des § 30 Baugesetzbuch (BauGB) aufzustellen. Der Bebauungsplan soll der Bereitstellung von Wohnbaugrundstücken im Stadtteil Einfeld dienen.
2. Es handelt sich um einen Bebauungsplan der Innenentwicklung, der im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB aufgestellt werden soll. Von der Durchführung einer Umweltprüfung wird daher abgesehen.

3. Der Aufstellungsbeschluss ist mit den Hinweisen nach §13 a Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.
4. Es ist eine frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen.

**Abstimmungsergebnis:**

JA-Stimmen: 10  
Nein-Stimmen: 0  
Enthaltung: 0

**Endg. entsch. Stelle:** Bau-, Planungs- und Umweltausschuss

20 .	Kommunalinvestitionsförderungsgesetz Vorlage: 0732/2013/DS
------	---

Fragen der Ausschussmitglieder werden durch Herrn Schnittker beantwortet. Die in der Vorlage ausgewiesenen Kosten bezögen sich auf Schätzungen.

Frau Dannheiser stellt folgenden Änderungsantrag:

„Der Antragstext wird wie folgt geändert:

1. Unter Punkt 1)a) wird das Wort „Neubau“ durch „Neubauflügel“ ersetzt. Ansonsten bleibt der Punkt 1) unverändert bestehen.
2. Die Punkte 2, 3 und 4 des Ursprungsantrags werden gestrichen.
3. Für die verbleibenden, möglichen zur Verfügung stehenden Fördermittel aus dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz soll die Fachverwaltung (FD 60) in enger Abstimmung mit dem FD 40 Vorschläge für die Sanierung von Schulen machen. Die Vorschläge sollen aus der der Vorlage 0732/2013/DS beigefügten Liste und dort unter den Rubriken „weitere mögliche Maßnahmen“ und „Liegenschaften mit Wärmeversorgung über Fernwärme“ kommen. Diese Vorschläge sind unter vorheriger Vorberatung in den betroffenen Ausschüssen der Ratsversammlung am 27.09.2016 zur Beschlussfassung vorzulegen.“

**Abstimmungsergebnis:**

JA-Stimmen: 10  
Nein-Stimmen: 0  
Enthaltung: 0

Damit ist der Änderungsantrag angenommen.

Sodann lässt Herr Westphal über den Antrag in seiner Gesamtheit abstimmen.

**Beschluss:**

- 1) Die Ratsversammlung beschließt die energetischen Sanierungsmaßnahmen:
  - a) Grundschule-Wittorf ~~Neubau~~ Neubauflügel
  - b) Immanuel-Kant-Schule D-Trakt
  - c) Gemeinschaftsschule-Brachenfeld Dachsanierung zur Förderung anzumelden und die Umsetzung der Sanierungsmaßnahmen in die Wege zu leiten.

- ~~2) Die Ratsversammlung beschließt den Teilneubau der Grundschule an der Schwale zur Förderung nach dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz anzumelden.~~
  - ~~3) Die Ratsversammlung beauftragt die Verwaltung mit der Erstellung eines Raumprogramms, mit der Vorentwurfsplanung und der Kostenschätzung. Für die Grundschule an der Schwale als 3-zügige Grundschule ohne offenen Ganztagsbetrieb.~~
  - ~~4) Das Raumprogramm, die Vorentwurfsplanung und die Kostenschätzung für die Grundschule an der Schwale sind den Fachausschüssen vor Antragsstellung zur Beschlussfassung vorzulegen.~~
2. Für die verbleibenden, möglichen zur Verfügung stehenden Fördermittel aus dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz soll die Fachverwaltung (FD 60) in enger Abstimmung mit dem FD 40 Vorschläge für die Sanierung von Schulen machen. Die Vorschläge sollen aus der der Vorlage 0732/2013/DS beigefügten Liste und dort unter den Rubriken „weitere mögliche Maßnahmen“ und „Liegenschaften mit Wärmeversorgung über Fernwärme“ kommen. Diese Vorschläge sind unter vorheriger Vorberatung in den betroffenen Ausschüssen der Ratsversammlung am 27.09.2016 zur Beschlussfassung vorzulegen.“

**Abstimmungsergebnis:**

JA-Stimmen: 10  
Nein-Stimmen: 0  
Enthaltung: 0

**Endg. entsch. Stelle:** Ratsversammlung

21 .	Beantragung einer Förderung für das Klimaschutzmanagement Vorlage: 0745/2013/DS
------	--

Nach kurzer Diskussion lässt Herr Westphal über die Vorlage abstimmen.

**Beschluss:**

1. Die Ratsversammlung nimmt den Sachstandsbericht zum Klimaschutz zur Kenntnis.
2. Die Ratsversammlung nimmt den Finanzierungsplan (Anlage 1 ) und die Vorhabenmatrix (Anlage 2) zur Beantragung einer Förderung für das Klimaschutzmanagement zur Kenntnis.
3. Die Ratsversammlung beauftragt die Verwaltung, auf Basis des überarbeiteten Klimaschutzkonzeptes für Neumünster, des Finanzierungsplans und der Vorhabenmatrix einen Antrag auf Förderung gemäß des Merkblattes „Förderung einer Stelle für Klimaschutzmanagement“ vom 22.09.2015 beim Projektträger Jülich zu stellen.

**Abstimmungsergebnis:**

JA-Stimmen: 10  
Nein-Stimmen: 0  
Enthaltung: 0

**Endg. entsch. Stelle:** Ratsversammlung

22 .	Fortschreibung des 2. Regionalen Nahverkehrsplanes 2003 - 2007 - Beschluss über die im Beteiligungsverfahren vorgetragene Anregungen - Beschluss über die Fortschreibung des 2. Regionalen Nahverkehrsplanes Vorlage: 0754/2013/DS
------	---

Herr Westphal übergibt und erläutert eine Stellungnahme des Stadtteilbeirates Wittorf – Frau Krebs – vom 06.07.2016 zur Übernahme ins Protokoll.

Frau Spieler erläutert die Vorlage für die Verwaltung. Fragen der Ausschussmitglieder werden entsprechend beantwortet.

Frau Bühse erläutert, dass dem Änderungsantrag zunächst nicht zugestimmt werden könne. Wegen seines Umfangs sei eine Vorbereitung nicht möglich gewesen, so dass man sich enthalten müsse.

Frau Dannheiser stellt und erläutert nachfolgenden Änderungsantrag:

„Der bisherige Antragstext wird ersetzt durch:

- 1) Die Ratsversammlung hat die während des Beteiligungsverfahrens vorgetragene Anregungen geprüft und stimmt den Einzelanträgen gemäß der beiliegenden Übersicht und der in der diesem Antrag beigefügten Begründung aufgeführten Maßnahmenliste (Basis: Fahrplan 1.12.2014) zu.
- 2) Die Ratsversammlung beschließt die Fortschreibung des „2. Regionalen Nahverkehrsplanes 2003 – 2007“ bestehend aus dem 2. RNVP und dem Fortschreibungsteil in der geänderten Fassung, nämlich Seite 4 ab „1. Zur Verbesserung der intramodalen Verknüpfung . . .“ (weiter wie Maßnahmenliste).
- 3) Die Ratsversammlung beauftragt die Verwaltung mit der grundlegenden Neuaufstellung des Regionalen Nahverkehrsplans und zwar mit folgender Maßgabe:
  - a) Es wird ein externer Sachverständiger beauftragt, der in Zusammenarbeit mit SWN Verkehr GmbH als direkt mit dem Stadtverkehr beauftragten Verkehrsunternehmen einen konkreten Vorschlag für einen straßengebundenen ÖPNV und einen RNVP für die Stadt - mit Handlungsempfehlungen u.a. zu den in der Begründung genannten Fragen und unter Berücksichtigung der dort genannten Bedingungen – vorlegen soll.
  - b) Dabei soll folgender Zeitplan eingehalten werden:
    - aa) Für die Ratsversammlung am 27.09.2016 wird von der Verwaltung eine Vorlage für die Bestimmung und Beauftragung des Sachverständigen erwartet. Die Vorlage soll so gestaltet und die Beauftragung soweit vorbereitet sein, dass der Sachverständige umgehend nach positivem Beschluss in der Ratsversammlung beauftragt wird.
    - bb) Für die Ratsversammlung im Februar 2017 soll der Vorschlag des Sachverständigen für eine erste Lesung vorliegen.
    - cc) Unmittelbar anschließend wird ein Beteiligungsverfahren mit den Stadtteilbeiräten und das Beteiligungsverfahren gemäß ÖPNV-Gesetz Schleswig-Holstein durchgeführt.
    - dd) In der Ratsversammlung im Juli 2017 soll der neue RNVP in zweiter Lesung – unter Berücksichtigung des Ergebnisses des Beteiligungsverfahrens – endgültig beschlossen werden.

#### **Abstimmungsergebnis:**

JA-Stimmen: 5  
Nein-Stimmen: 0  
Enthaltung: 5

Damit ist der Änderungsantrag angenommen.

Sodann lässt Herr Westphal über den Antrag in seiner Gesamtheit abstimmen.

**Beschluss:**

- ~~1. Die Ratsversammlung hat die während des Beteiligungsverfahrens vorgetragene Anregungen geprüft und stimmt den Einzelanträgen gemäß der beiliegenden Übersicht zu.~~
  - ~~2. Die Ratsversammlung beschließt, die Fortschreibung des „2. Regionalen Nahverkehrsplanes 2003 – 2007“ bestehend aus dem 2. RNVP und dem Fortschreibungsteil als Rahmenplan nach § 5 ÖPNVG.~~
- 1) Die Ratsversammlung hat die während des Beteiligungsverfahrens vorgetragene Anregungen geprüft und stimmt den Einzelanträgen gemäß der beiliegenden Übersicht und der in der diesem Antrag beigefügten Begründung aufgeführten Maßnahmenliste (Basis: Fahrplan 1.12.2014) zu.
  - 2) Die Ratsversammlung beschließt die Fortschreibung des „2. Regionalen Nahverkehrsplanes 2003 – 2007“ bestehend aus dem 2. RNVP und dem Fortschreibungsteil in der geänderten Fassung, nämlich Seite 4 ab „1. Zur Verbesserung der intramodalen Verknüpfung . . .“ (weiter wie Maßnahmenliste).
  - 3) Die Ratsversammlung beauftragt die Verwaltung mit der grundlegenden Neuaufstellung des Regionalen Nahverkehrsplans und zwar mit folgender Maßgabe:
    - a) Es wird ein externer Sachverständiger beauftragt, der in Zusammenarbeit mit SWN Verkehr GmbH als direkt mit dem Stadtverkehr beauftragten Verkehrsunternehmen einen konkreten Vorschlag für einen straßengebundenen ÖPNV und einen RNVP für die Stadt - mit Handlungsempfehlungen u.a. zu den in der Begründung genannten Fragen und unter Berücksichtigung der dort genannten Bedingungen – vorlegen soll.
    - b) Dabei soll folgender Zeitplan eingehalten werden:
      - aa) Für die Ratsversammlung am 27.09.2016 wird von der Verwaltung eine Vorlage für die Bestimmung und Beauftragung des Sachverständigen erwartet. Die Vorlage soll so gestaltet und die Beauftragung soweit vorbereitet sein, dass der Sachverständige umgehend nach positivem Beschluss in der Ratsversammlung beauftragt wird.
      - bb) Für die Ratsversammlung im Februar 2017 soll der Vorschlag des Sachverständigen für eine erste Lesung vorliegen.
      - cc) Unmittelbar anschließend wird ein Beteiligungsverfahren mit den Stadtteilbeiräten und das Beteiligungsverfahren gemäß ÖPNV-Gesetz Schleswig-Holstein durchgeführt.
      - dd) In der Ratsversammlung im Juli 2017 soll der neue RNVP in zweiter Lesung – unter Berücksichtigung des Ergebnisses des Beteiligungsverfahrens – endgültig beschlossen werden.

**Abstimmungsergebnis:**

JA-Stimmen: 5  
Nein-Stimmen: 0  
Enthaltung: 5

**Endg. entsch. Stelle:** Ratsversammlung

23 .	Abschlussbericht zum Gewerbeflächenentwicklungskonzept (GEFEK) für den Planungsraum II Vorlage: 0759/2013/DS
------	---

Nach Diskussion lässt Herr Westphal abschnittsweise abstimmen (Frau Roeder ist vorübergehend nicht im Raum und nimmt an der Abstimmung nicht teil.)

**Beschluss:**

1. Der Abschlussbericht des Gewerbeflächenentwicklungskonzepts für den Planungsraum II Schleswig-Holstein wird zur Kenntnis genommen.

**Abstimmungsergebnis:**

JA-Stimmen: 9  
Nein-Stimmen: 0  
Enthaltung: 0

2. Die unter Punkt C zu 2. genannten Handlungsempfehlungen werden mit Ausnahme des Punktes 6 beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

JA-Stimmen: 4  
Nein-Stimmen: 4  
Enthaltung: 1

**Endg. entsch. Stelle:** Ratsversammlung

24 .	Umsetzung des Innenstadtkonzeptes - Umsetzungsbericht Vorlage: 0760/2013/DS
------	---

Durch die Verwaltung wird erläutert, dass Gespräche mit der SWN GmbH wegen der Errichtung eines W-LAN-Angebotes in der Innenstadt erfolgt seien. Von dort würde eine Kostenschätzung erstellt werden.

Herr Michaelis weist darauf hin, dass auch die Telekom als Anbieter in Frage komme (vergleiche Anlage Artikel FAZ vom 15.06.2016).

Die Verwaltung möge sich insoweit auch mit der Telekom in Verbindung setzen.

**Beschluss:**

Der Umsetzungsbericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

**Abstimmungsergebnis:**

JA-Stimmen: --  
Nein-Stimmen: --  
Enthaltung: --

**Endg. entsch. Stelle:** Bau-, Planungs- und Umweltausschuss

25 .	Radweg an der Ehndorfer Straße Vorlage: 0755/2013/DS
------	---

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt mittels Markierung einen Radweg im vorhandenen Seitenraum mit einer Breite von 1,5 m herzustellen.

**Abstimmungsergebnis:**

JA-Stimmen: 9

Nein-Stimmen: 0

Enthaltung: 0

Frau Roeder nicht anwesend

**Endg. entsch. Stelle:** Ratsversammlung

26 .	Leistung von außerplanmäßigen Auszahlungen nach § 95 d GO im Finanzplan 2016 (Deckenerneuerungsmaßnahmen an Landes- und Kreisstraßen) Vorlage: 0737/2013/DS
------	--

Frau Böhse nimmt an der Abstimmung nicht teil, da „ihre“ Straße auch betroffen sei.

**Beschluss:**

Der Leistung von außerplanmäßigen Auszahlungen im Finanzplan 2016 bis zur Höhe von 770.000 Euro nach § 95 d GO wird zugestimmt. Die Deckung erfolgt durch Mehreinzahlungen und Minderauszahlungen.

**Abstimmungsergebnis:**

JA-Stimmen: 9

Nein-Stimmen: 0

Enthaltung: 0

**Endg. entsch. Stelle:** Ratsversammlung

27 .	Freigabe von Haushaltsmitteln Vorlage: 0756/2013/DS
------	--

Herr Westphal lässt nach kurzer Diskussion abschnittsweise über eine Vertagung / Zustimmung abstimmen.

**Beschluss:**

Die Mittel für die Maßnahme

Produktkonto: 541010100.0902132

Maßnahme: Ausbau Frankenstraße von Störstraße bis Boostedter Straße

Ansatz: 435.000,--€

werden freigegeben.

**Vertagungsantrag**

**Abstimmungsergebnis:**

JA-Stimmen: 10

Nein-Stimmen: 0

Enthaltung: 0

Produktkonto: 541010100.0902140  
Maßnahme BW 6-15, Abriss Brücke / Neubau BÜ Rendsburger Straße  
Anteil: 140.000,-- €  
werden freigegeben.

**Zustimmungsantrag**

**Abstimmungsergebnis:**

JA-Stimmen: 10  
Nein-Stimmen: 0  
Enthaltung: 0

Produktkonto: 538010200.0902725  
Maßnahme: RW-Kanal Frankenstraße von Störstraße bis Boostedter Straße  
Ansatz: 210.000,--€  
werden freigegeben.

**Vertagungsantrag**

**Abstimmungsergebnis:**

JA-Stimmen: 10  
Nein-Stimmen: 0  
Enthaltung: 0

**Endg. entsch. Stelle:** Bau-, Planungs- und Umweltausschuss

28 .	Dringliche Vorlagen
------	---------------------

Es lagen keine dringlichen Vorlagen vor.

29 .	Mitteilungen
------	--------------

Herr Schnittker kündigt die dem Protokoll beigefügten Erläuterungen an (vergleiche Anlage).

29.1 .	Umgestaltung Innenstadt hier: vorbereitende Arbeiten im Bereich des Großfleckens Vorlage: 0363/2013/MV
--------	--

Herr Westphal stellt das Einvernehmen der Ausschussmitglieder her, den Tagesordnungspunkt in einen „ordentlichen Tagesordnungspunkt“ umzuwandeln, damit Frau Dannheiser nachfolgenden Änderungsantrag stellen kann.

„Um die Begehbarkeit des Großfleckens kurzfristig bis zur Neugestaltung zu verbessern, wird die Verwaltung gebeten zu prüfen, ob eine Nachsandung / Verfüllung der Fugen im Pflasterbereich des Großfleckens, im Eingangsbereich zur Lütjenstraße und im Bereich des Radweges sinnvoll ist.

Zusätzlich soll der Aufwand geschätzt werden.

Die Konsequenzen für die Reinigung der Flächen durch das TBZ und die Beeinträchtigungen der Anlieger bei der Durchführung der Arbeiten sind ebenfalls darzustellen.“

**Abstimmungsergebnis:**

JA-Stimmen: 10  
Nein-Stimmen: 0  
Enthaltung: 0

Damit ist der Änderungsantrag angenommen.

**Beschluss:** Kenntnisnahme

29.2 .	Erneuerung/Sanierung von Landes-/ Kreisstraßen Vorlage: 0370/2013/MV
--------	---

**Beschluss:** Kenntnisnahme

29.3 .	Kleingartenentwicklungskonzept - Sachstandsbericht Vorlage: 0376/2013/MV
--------	--

**Beschluss:**

Die Ausschussmitglieder zeigen sich sehr zufrieden mit dem vorgelegten Konzept.

**Beschluss:** Kenntnisnahme

29.4 .	Landesentwicklungsstrategie Schleswig-Holstein 2030 - Grünbuch Vorlage: 0377/2013/MV
--------	---

Frau Bühse erläutert, dass im Grünbuch keine Aussagen zu finanziellen Auswirkungen getroffen seien. Darauf möge die Verwaltung in ihrer Stellungnahme hinweisen.

Im Übrigen bemängelt Frau Bühse, dass die im Grünbuch aufgeworfenen Fragen allesamt unbeantwortet seien.

**Beschluss:** Kenntnisnahme

29.5 .	Neuer Naturschutzbeirat und neuer Naturschutzbeauftragter benannt Vorlage: 0379/2013/MV
--------	--

**Beschluss:** Kenntnisnahme

29.6 .	Erneuerung der Straßenbeleuchtung Vorlage: 0327/2013/MV
--------	--

**Beschluss:** Kenntnisnahme

gez. Axel Westphal  
(Ausschussvorsitzender)

gez. Heinz Peters  
(Protokollführer)